

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Tragelohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Postbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4spaltige Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,
Stettin, Kirchhof Nr. 3.

Stettiner



Beitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonabend, den 4. Januar 1879.

Nr. 5.

Orient.

Konstantinopel, 2. Januar. Die englische Flotte ist im Jambal eingetroffen.

London, 3. Januar. Dem „Standard“ wird aus Jambal vom 2. gemeldet: Durch das Versenken einer 38-Tonnen-Kanone an Bord des Thurmsschiffes „Thunderer“ wurden 7 Personen getödtet und 40 verwundet. Der Thurm wurde zerstört.

Konstantinopel, 2. Januar. Privatnachrichten aus Djazir, dem Centralpunkt des mesopotamischen Aufstandes, melden, daß diese Bewegung, trotz des Unterwerfungstelegramms der beiden Häupter der Insurrektion, Osman und Nuri Bey, eine sehr ernste, ausgebreitete und tiefgehende sei, welche der Pforte lange und schwere Verlegenheiten bereiten dürfte. Auch im nördlichen Arabien besteht seit drei Monaten eine Erhebung der Wahabiten, zu deren Unterdrückung die Regierung noch sehr wenig zu thun in der Lage gewesen ist. Die türkischen Behörden und Truppen in Adjab, der Hauptstadt der Provinz, sind den Aufständischen gewichen und befinden sich der größte Theil des nördlichen Arabiens bereits im unbehinderten Besiz der Häuptlinge des Wahabitenstammes.

Deutschland.

Berlin, 3. Januar. Ueber den Zusammentritt der General-Tarifkommission schreibt die „National-Ztg.“:

Heute tritt die Kommission zur Generalenquete über den Zolltarif zusammen, deren Einsetzung der Reichskanzler durch seinen Erlaß an den Bundesrath vom 12. November beantragt hatte. Die Verhältnisse, wie die Menschen haben zusammen gewirkt, dieser Kommission in der allgemeinen Meinung eine Bedeutung zu geben, die über die Dimensionen einer ad hoc zusammenberufenen Kommission mit beratender Stimme weit hinausgeht. Man glaubt vielfach, daß in diesen Beratungen die Grundlagen der künftigen Zollpolitik nun wirklich gelegt werden, aus ihren Beschlüssen der vielumstrittene Tarif sich neu gestalten würde. Auch diejenigen, die keine so weitgehende Erwartungen an das unmittelbare Resultat der Beratungen knüpfen, müssen den Ergebnissen derselben doch mit einer gewissen Spannung entgegensehen. Die Kommission soll sich nicht über eine weitere Ausdehnung des Systems der direkten Abgaben schlüssig machen — dies wird einer besonderen Kommission vorbehalten, ihr war nach Maßgabe des Schreibens des Reichskanzlers vom 12. November vor Allem die Frage gestellt: ob nicht gegenüber den Schutzbestrebungen der großen Nachbarstaaten und in Anbetracht der vaterländischen Erzeugnisse in erhöhtem Maße die Versorgung des deutschen Marktes vorzubehalten und dadurch auf die Vermehrung der inländischen Produktion hinzuwirken sei. Das Schreiben des Reichskanzlers vom 15. I. M. stellt dagegen in den ersten Worten schon die Vermehrung der indirekten Abgaben auch für die Revision des Zolltarifs ausdrücklich in die erste Reihe der Beratungsgegenstände.

Darüber, wie die Kommission diese zwei Gesichtspunkte zu verknüpfen vermag, wozu sie vorzugsweise in dem weiter ihr gestellten Rahmen neigen wird, geben die Namen der Männer, die sie bilden, abgesehen von einzelnen prononcirten Persönlichkeiten, keine sichere Auskunft. Einzelne Blätter geben sich bereits die Mühe, zwei Parteien im Schooße der Kommission auszurechnen. Wir halten dies Bestreben für aus schließlich. An Instruktionen sind die Mitglieder der Kommission formell nicht gebunden; sie werden aber jedenfalls sich in so konstanter Fühlung mit den Regierungen befinden, von welchen sie deputirt sind, daß sie materiell mit diesen fortwährend Hand in Hand gehen. Die Kommission hat das Recht, Subkommissionen zu bilden, Sachverständige zu vernehmen, sie wird ein außerordentliches Material von allen Seiten zugehen erhalten. Alle anderen Kommissionen haben für diese Hauptkommission gearbeitet, der Reichskanzler hat seine Ansicht in zwei Schreiben entwickelt, alte und neue Tarife, Denkschriften jeder Art liegen vor. Schließlich wird es Sache des Entschlusses, des Willensalles sein, wie zwischen den gegeneinander streitenden Meinungen und Interessen die Grenze gezogen werden wird.

Auch die Schreiben des Reichskanzlers sind, wie von verschiedener Seite gemeldet wird, der Kommission nicht als Instruktionen des Bundes-

rathes übergeben worden, vielmehr hätte eine ausdrückliche Erklärung zu Protokoll im Bundesrath diesem die Rolle einer formalen Uebermittlung gewahrt. Man darf unterstellen, daß auch die Rede des Präsidenten des Reichskanzleramtes, welche heute die Kommission eröffnen soll, diesen rein formellen Standpunkt wahrte. Inzwischen wird sich in dem jetzt wieder zusammentretenden preussischen Landtag für die Regierung die Gelegenheit ergeben, sich darüber auszusprechen, wie weit sie geneigt ist, die verfassungsmäßigen Vorkehrungen zu beantragen, auf welche hin die Frage der indirekten Steuern im Reichstag überhaupt einfließen in Angriff genommen werden kann. Die materielle Vorbereitung würde offenbar aus schließlich sein, wenn die konstitutionelle Vorarbeit nicht Hand in Hand damit gehen sollte.

Die Adresse, welche auf Anregung der Ritterschaft des vormaligen Königreichs Hannover an den Herzog von Cumberland und die Prinzessin Thyra gerichtet und von einer welfischen Deputation in Kopenhagen überreicht worden, ist keine persönliche Huldigung, sondern nur eine politische Adresse, die in ganz unverhüllter Weise auf den künftigen „Einzug“ des Prätendenten hinweist. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt gegenüber dieser Manifestation:

Neben der Adresse hat vor Allem die dieser Deputation in Kopenhagen von Seite des königlichen Hofes und der offiziellen Welt zu Theil gewordene Aufnahme die Aufmerksamkeit Deutschlands in Anspruch nehmen müssen. Man konnte in Kopenhagen auch nicht einen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß in der erwähnten Deputation unter keinen Umständen mehr als eine Kundgebung persönlicher privater Empfindungen erblickt werden könne, und man hat doch kein Bedenken getragen, derselben durch einen förmlichen feierlichen Empfang beim Könige durch eine Gesamteinladung zur Hofstafel u. dgl. m. ein offizielles Gepräge zu verleihen. Das geht über die Rücksichten hinaus, welche im internationalen Verkehr gewöhnlich eingehalten zu werden pflegen. Es mag immerhin sein, daß in Kopenhagen mit der demonstrativen Aufnahme der hannoverschen Welfendeputation weitergehende Absichten von vornherein nicht verbunden waren, aber ruhige und unbefangene Erwägung wird dem dänischen Volke und seiner Regierung selbst die Erkenntnis aufzudrängen müssen, daß man in Deutschland mit allem Recht behaupten kann, in Dänemark eine dem deutschen Reiche und seiner nationalen Entwicklung feindliche Stimmung und deren Lebensäußerungen von der Gunst des Hofes und des Volkes getragen, ja gegen das Fortkommen bevorzugt, und damit die Rücksichten außer Acht gelassen zu haben, welche ein Staat dem andern und welche somit auch Dänemark dem deutschen Reiche schuldig ist.

Offiziös wird weiter über diese Vorgänge gesprochen:

„In der That charakterisirt sich ein solches Verhalten als ein im hohen Grade auffälliges, und es dürfte nicht Wunder nehmen, wenn die öffentliche Meinung Deutschlands, darüber in hohem Grade bestrebt, zu der Frage gelangte, ob die Verhältnisse zwischen Deutschland und Dänemark von der letzteren Seite aus in Begriff stehen, sich zu trüben.“

Wir sind überzeugt, daß, welche Gesinnungen man auch im skandinavischen Norden gegen uns hegen mag, ein solches Herausfordern des Hervordrängen rein dynastischer Bestrebungen zur Trübung der internationalen Beziehungen, wie sie der Kopenhagener Hof zur Einweihung des neuen Familienbundes geduldet und begünstigt hat, dort der allmeinsten Verurtheilung verfallen wird.

In Frankreich rufen sich die verschiedenen Parteien für die am Sonntag stattfindenden Wahlen zur theilweisen Erneuerung des Senats. Wie man aus Paris meldet, wird in den maßgebenden politischen Kreisen angenommen, daß die konservative republikanische Schattierung bei den Wahlen den Sieg erringen werde; ein Resultat, welches der Befestigung der bestehenden Institutionen sehr zu Vortheil kommen würde. In diesem Sinne äußerten sich auch jüngst mehrere Mitglieder des Kabinetts Dufaure, welches dann allerdings am ehesten darauf rechnen dürfte, in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung erhalten zu bleiben. Was die bevorstehenden Senatswahlen anbelangt, so kommen einmal die verfassungsmäßig angeordneten Neuwahlen von 75 Senatoren, ferner aber die Ersatzwahlen für sieben verstorbene Mitglieder der ersten Kammer in Betracht. Die 225 nicht auf Lebenszeit gewählten Senatoren, von denen alle drei Jahre ein Drittel ausscheidet, sind seiner Zeit in drei Serien getheilt worden, bezüglich deren dann durch Loos bestimmt wurde, daß zuerst die Serie B., dann im Jahre 1882 die Serie C. und im Jahre 1885 die Serie A. ausscheiden sollte. Die einzelnen Serien entsprechen den alphabetisch geordneten Departements, so zwar, daß diesmal die Senatorenwähler des Departements Haute-Garonne bis einschließlich des Oise-Departements — im Ganzen von 29 Departements — zur Wahlurne berufen werden. Jeder Serie sind außerdem einige der Kolonien hinzugefügt, von denen am 5. d. M. Constanline und La Martinique je einen Senator wählen. Hierzu kommen ferner sechs Departements, in denen sieben verstorbene Senatoren — zwei gehörten dem Departement Saone et Loire zu — zu ersetzen sind.

Im Ganzen sind also zum Sonntag 37 Wahlkörperschaften beauftragt, 82 Senatoren einzuberufen, von welchen letzteren 58 den Parteien der Rechten, 24 der Linken angehören. Hieraus ergibt sich, daß die Republikaner diesmal ganz besondere Chancen haben, durch einen ausgehenden Wahlsieg eine geschlossene Majorität im Senate zu erlangen. Die Wahlkörperschaften bestehen aus 205 Deputirten der verschiedenen Departements, 1064 Generalräthen, 1376 Arrondissementsräthen und 14,021 Delegirten der Munizipalvertretungen, so daß das Schwergewicht der Entscheidung bei den Delegirten ruht, auf deren Gewinnung die republikanische Wahlagitation denn auch an erster Stelle bedacht war. Die einzelnen Wahlkörper versammeln sich unter dem Vorsitz des Präsidenten des Civiltribunals an dem Hauptorte ihres Departements und wählen, sobald mehrere Senatoren zur Wahl stehen, mittels Listenstrutiniums. Der erste Wahlgang beginnt um 8 Uhr Morgens und wird um 12 Uhr geschlossen. Ist die absolute Majorität nicht erzielt worden, so erfolgt ein zweiter Wahlgang, welcher von 2 Uhr bis 4 Uhr Nachmittags währt. Wird noch ein dritter Wahlgang nothwendig, so beginnt derselbe um 6 Uhr Abends und wird um 8 Uhr geschlossen. Um in einem der beiden ersten Wahlgänge gewählt zu werden, muß der aufgestellte Kandidat nicht bloß die absolute Majorität der abgegebenen Stimmen, sondern auch soviel Stimmen erhalten, daß ihre Anzahl dem Viertel der eingeschriebenen Wähler gleichkommt. Bei dem dritten Wahlgange entscheidet bereits die relative Majorität, falls aber die beiden Kandidaten gleichviel Stimmen erhalten, so gilt der ältere als gewählt.

Vom afghanischen Kriegsschauplatz wird gemeldet, daß die Kolonne des Generals Stewart am 5. in Kandahar eintreffen würde. Nach einer in Kalkutta aus Kabul eingetroffenen Nachricht hätte sich Jalub Khan bereit erklärt, den aufständischen Truppen den Sold zu zahlen, wenn sich der Schah von Daud für die Truppen verbürge. Wegen der zahlreichen Desertionen habe Jalub Khan ferner verlangt, daß die Offiziere und die Soldaten ihm auf den Koran den Eid der Treue leisten sollten. Der Schah von Daud habe es indessen abgelehnt, eine solche Bürgschaft zu übernehmen, weshalb der Sold zurückgehalten wurde. Mit den Afridis und den Kuzi-Khels haben einige Scharmügel stattgefunden, in welchen sowohl die englischen Truppen, als auch die Gegner unbedeutende Verluste erlitten.

Unland.

Wien, 1. Januar. Die kaiserliche Regierung beschloß, wie unterm 28. v. M. aus Belgrad dem Petersburger „Golos“ telegraphirt wird, die Kirchengeräthe des Fürstenthums zu säkularisiren und den Erlös hiervon, etwa 1 Million Franco, zu Schulzwecken zu verwenden.

Die Skupschina beschloß in einer ihrer letzten Sitzungen, die Civilisten des Fürsten Milan um 200,000 Franco zu vergrößern und dem Minister Ristits für seine dem Vaterlande geleisteten Dienste ein Nationalgeschenk von 10,000 Dukaten zu überreichen.

Pest, 30. Dezember. Die Feiertage haben den Ungarn keine guten Nachrichten gebracht. Czechen, Kroaten, Bosniaken, Centralisten, Föderalisten, Trialisten und Absolutisten beginnen aus ihrem Winterschlaf zu erwachen, sich zu strecken und kliden mit verschmüpftem Blicke in die Sonne des

Grafen Andrássy. Die Czechen wollen sich mit den Deutsch-Serben ausgleichen, um, wie sie sagen, die magyarische Hegemonie los zu werden. Die Kroaten haben bereits mit den Bosniaken (nämlich mit den Katholiken und den Mohamedanern) ein Programm vereinbart, das in einem zukünftigen General-Landtag in Agram gipfelt. Schließlich rufft die Hofpartei mit dem Säbel und drängt zu Vorbereitungen für den Marsch nach Nowibazar und weiter hinaus. Die logischen Folgen der Befestigungspolitik ergeben sich so rasch aus dem Grundprinzip derselben, daß man es den Ungarn nicht verargen kann, wenn sie etwas nervös geworden sind und einen jeden, der sie auf die heranrückenden Gefahren aufmerksam macht, der Schwarzseherie oder des bösen Willens beschuldigen, und ebenso wie vor dem Kongresse ein objektiver Korrespondent, der die Befestigung Bosniens für unvermeidlich hielt, vor den Augen der ungarischen Offiziere für einen Heber gegen Andrássy galt, ebenso werden heute jene verhöhnt, die im nächsten Frühjahr eine militärische Aktion über Mitrowiza hinaus in Aussicht stellen.

„Bester Lloyd“ sagt, daß die Berichterstatter der auswärtigen Blätter, welche solche Nachrichten bringen, die letzten seien, die etwas von den Plänen des Grafen Andrássy erfahren können. Die Pläne des Grafen Andrássy bleiben ein ewiges Geheimniß, vergraben in der Brust seiner Vertrauensmänner. Dagegen sprechen die Hohenwarts, Potockis, Philippowichs, Rodichs u. s. w. ziemlich laut, und bis jetzt haben sie meistens Recht behalten.

Die Offiziere behaupten heute, daß Oesterreich-Ungarn bereit sei, in den Krieg gegen Rußland zu ziehen, wenn letzteres sich im Osten des Balkans festsetzen will. „Das ist eine Existenzfrage“, ruft „Bester Lloyd“, „die man weder durch diplomatische Mittel, noch auf dem Wege der Befestigung lösen kann.“ Wahrscheinlich ist Graf Andrássy derselben Meinung; aber nach all dem, was geschehen ist, wird es wohl erlaubt sein, die Besorgniß auszudrücken, daß es mit dem Kriege gegen Rußland seine guten Wege hat, und daß die russische Regierung das sehr gut weiß und die Drohung nicht ernst nimmt. Ein offenes und entschiedenes Auftreten der ungarischen Regierungspartei den unverhüllten Plänen der slavischen Hofpartei gegenüber würde dem Lande weit mehr nützen, als die verdeckten Drohungen gegen Rußland, das darüber im Klaren ist, was es davon zu halten hat.

Konstantinopel, 27. Dezember. Den krampfhaften Zuckungen, welche die letzten Wochen hindurch das morrische Staatsgebäude des Osmanenreiches erschütterten, ist die naturgemäße Periode der Reaktion gefolgt. In Stambul und im Palais vermischt die Ruhe der Erschöpfung nach einem heftigen Fieber. Die Frage ist nur, ob dieser Augenblick der Stille und Sammlung zur Beseitigung führen wird, oder ob er nur der Vorbote eines neuen Fieberanfalls ist. Schon sollen im Schooße des neuen Kabinetts tiefgreifende Gegensätze zur Sprache gekommen sein, welche das Verbleiben sämmtlicher Minister im Amte mindestens unwahrscheinlich machen. Es bezieht sich dies hauptsächlich auf die brennendste aller vorliegenden Fragen, die Zurückziehung des Papiergeldes. Man behauptet, der Finanzminister Zuhdi Pascha sei bereits gefallen und solle wieder durch seinen Vorgänger Kiani ersetzt werden, doch hat der Reichsanzeiger bis zur Stunde keine darauf bezügliche Kundgebung gebracht. Wie dem auch sei, die Lage der Kaimas ist jetzt die denkbar ungünstigste. Für eine goldene Lira bekommt man heute 403 Pfaster Papier oder 525 Pfaster schlechtes Geld, die Preise aller in Papiergeld zu zahlenden Artikel sind bis zu einer lächerlichen Höhe hinaufgeschraubt, und zudem weigern die meisten Händler geradezu die Annahme der Kaimas. Das arbeitende Volk befindet sich in einer unerträglichen Lage, und ich sehe nicht an zu behaupten, daß unter ähnlichen Verhältnissen in jeder anderen europäischen Residenz schon lange Ruhestörungen gefährlicher Art ausgebrochen sein würden. Die Spalten aller hiesigen Zeitungen sind jetzt Tag für Tag mit langen Artikeln gefüllt, welche sämmtlich neue Pläne zur Zurückziehung des Papiergeldes enthalten, indessen eben so wenig wie die Pläne der Kommission geeignet sind, eine günstige Aenderung der traurigen Sachlage herbeizuführen, weil der Regierung dasjenige Mittel fehlt, welches in

[illegible]

